



http://www.cdu-landtag.de



Fraktionskurrier

Ausgabe
Dezember 2016

CDU Fraktion
im Thüringer Landtag



Mike Mohring
CDU-Fraktionsvorsitzender

CDU-FRAKTION:

Gebietsreform-Gesetz ist verfassungswidrig



Der Weimarer Markt im weihnachtlichen Lichterglanz. Nach dem Willen der Linkskoalition soll Thüringens kulturelles Aushängeschild die Kreisfreiheit verlieren.

Foto: © Maik Schuck, weimar GmbH

Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag klagt gegen das Vorschaltgesetz zur Gebietsreform. Die Fraktion hat den Thüringer Verfassungsgerichtshof aus zwei Gründen angerufen. Zum einen hat Rot-Rot-Grün Änderungsvorschläge der CDU zu diesem Gesetz nicht in der verfassungsrechtlich gebotenen Form beraten und damit Rechte der Fraktion verletzt. Zum anderen greift die Gebietsreformpolitik der linken Thüringer Koalition tief in das Recht

der kommunalen Selbstverwaltung ein. „Aus beiden Gründen ist dieses für Thüringen, seine Gemeinden, Städte und Landkreise katastrophale Gesetz verfassungswidrig“, sagte Thüringens CDU-Fraktionschef Mike Mohring. Die Union hatte bereits während des Gesetzgebungsverfahrens zum Gebietsreformvorschaltgesetz bemängelt, dass ihr umfassender Änderungsantrag im Parlament nicht in angemessener Weise beraten worden

ist. „Die Parlamentsmehrheit ist über unsere Vorstellungen im Hau-Ruck-Verfahren hinweggegangen und hat damit Oppositionsrechte missachtet“, so Mohring. Außerdem soll das Landesverfassungsgericht prüfen, ob Rot-Rot-Grün das Recht der Kommunen auf kommunale Selbstverwaltung verletzt hat. Der CDU-Fraktionsvorsitzende verwies dazu beispielhaft auf zwei Punkte. Die Landesregierung sei den Beweis schuldig geblieben, dass

die Kommunen ihren Aufgaben nicht gewachsen sind und sie nach der Reform besser erfüllen können. „Dazu reicht es nicht aus, schematische Grenzwerte in ein Gesetz zu schreiben“, so Mohring. Angreifbar ist nach seinen Worten auch die geplante Aufgabenkommunalisierung. „Wenn die Landkreise am Ende nur noch verlängerte Arme des Staates sind, ist auch das mit der kommunalen Selbstverwaltung nicht vereinbar“, sagte er.

Erst nachdenken – dann handeln

„Ich bezweifle auch, dass die Rückholung der Hortnerinnen zum Land wirklich so klug war.“ So war neulich ein Thüringer Politiker im Interview zu vernehmen. Recht hat der Mann. Bei den Kommunen waren die Schulhorte gut aufgehoben. Denn damit eröffneten sich vor Ort viele Spielräume: für die Personalwirtschaft, für die Gestaltung der Hortarbeit mit Partnern aus den kleinen Städten und Dörfern. Deshalb wollte sie die CDU auch dort belassen. Die SPD hatte das entgegen ihrer früheren Auffassung inzwischen auch eingesehen. Aber vor allem die LINKE wollte nicht und machte den Sozis wieder einmal klar, wer bei Rot-Rot-Grün Koch und wer Kellner ist. Wer am liebsten bis in den letzten Weiler das Leben der Menschen steuert, der setzt eben auf Zentralisierung. Am Ende schlägt ideologischer Mutwille Sachverstand. Soweit so vorhersehbar. Die Pointe des Interviews. Der Zweifler ist kein Geringerer als Bodo Ramelow. Treuherzig fügt er noch hinzu: „Aber nun ist sie beschlossen.“ Da kann man halt nix mehr machen! Das sind die Momente, in denen man sich wünscht, dass Rot-Rot-Grün endlich einmal in der richtigen Reihenfolge arbeitet: erst nachdenken – dann handeln. Politik ist mehr, als jedem alles zu versprechen und dann so zu tun, als gingen einen die Entscheidungen des eigenen Kabinetts nichts an.

CDU fordert Body-Cams für Polizei

Thüringens Polizisten sollen mit kleinen Schulterkameras ausgerüstet werden. Das hat die CDU-Landtagsfraktion gefordert. „Es kann nicht sein, dass radikale Chaoten oder angebliche Fußballfans Polizisten angreifen. Eine mögliche Video-Aufzeichnung wirkt abschreckend“, begründete der innenpolitische Sprecher der Fraktion, Wolfgang Fiedler, den Vorstoß für die sogenannten Body-Cams. Berichte aus Ländern, die Videotechnik einsetzen, sind

ermutigend: Die Gewalt gegen Polizisten geht zurück. Fiedler forderte Rot-Rot-Grün auf, seinen Streit über die Body-Cams zu beenden. Innenminister Holger Poppenhäger (SPD) teilt die Auffassung der CDU, die LINKE widerspricht deutlich. Für den Innenpolitiker ist dies nicht nachvollziehbar. „Wenn von links immer wieder über angebliche Polizeigewalt geredet wird, ließe sich auch das anhand der Aufzeichnungen prüfen“, so der Abgeordnete.

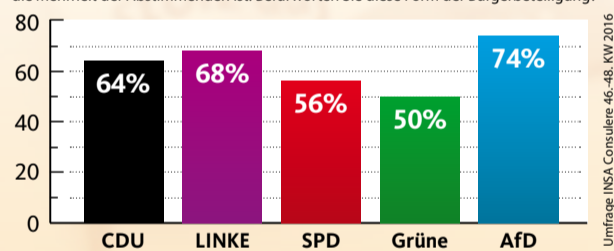
Weniger Bürokratie bei Ausschreibungen

Der bürokratische Aufwand bei der Beteiligung an öffentlichen Ausschreibungen soll sinken. Das will die CDU-Fraktion mit einem neuen Vergabegesetz erreichen. Es soll vor allem kleinen und mittleren Betrieben zugutekommen. Nach den Worten des wirtschaftspolitischen Sprechers der Fraktion, Mario Voigt, soll es das seit 2011 geltende derzeitige Vergabegesetz ersetzen. „Es hat in der Praxis zu mehr Bürokratie bei Auftraggebern und Auftragnehmern geführt, weil alle möglichen Nachweise erbracht und kontrolliert werden mussten. Im Ergebnis haben sich kleinere Firmen vielfach gar nicht mehr an Ausschreibungen beteiligt“, so Voigt. Deshalb will die CDU alles streichen, was mit der eigentlichen Vergabe gar nichts zu tun hat. Von derzeit 23 Paragraphen bleiben dadurch lediglich 15 übrig. Die Fraktion hat sich für ihren Vorschlag mit den Kammern und Verbänden der Wirtschaft eng abgestimmt.

Der Thüringer Landtag diskutiert, ob 50.000 Wahlberechtigte binnen 100 Tagen eine Volksabstimmung über Gesetze beantragen können, die der Landtag zuvor beschlossen hat. Das entsprechende Gesetz tritt nicht in Kraft, wenn in dieser Abstimmung mindestens ein Viertel der zirka 1,8 Millionen Wahlberechtigten gegen ein Gesetz stimmt und dieses Viertel die Mehrheit der Abstimmenden ist. Befürworten Sie diese Form der Bürgerbeteiligung?

Volksabstimmungen: Zustimmung für CDU-Vorstoß

Der Thüringer Landtag diskutiert, ob 50.000 Wahlberechtigte binnen 100 Tagen eine Volksabstimmung über Gesetze beantragen können, die der Landtag zuvor beschlossen hat. Das entsprechende Gesetz tritt nicht in Kraft, wenn in dieser Abstimmung mindestens ein Viertel der zirka 1,8 Millionen Wahlberechtigten gegen ein Gesetz stimmt und dieses Viertel die Mehrheit der Abstimmenden ist. Befürworten Sie diese Form der Bürgerbeteiligung?



Lainger-Affäre wird aufgearbeitet

Das „Mögliche Fehlverhalten der Thüringer Landesregierung in der ‚Lainger-Affäre‘“ durchleuchtet jetzt ein Untersuchungsausschuss des Thüringer Landtags. Mit der Bitte um Vorlage sämtlicher Unterlagen hat er seine Arbeit aufgenommen. Untersucht werden sollen die Versuche des Thüringer Justizministers Dieter Lainger, seinem Sohn eine Schulprüfung zu ersparen. „Schon jetzt wissen wir, dass der Justizminister Bildungsministerium und Staatskanzlei damit beschäftigt hat, das Schulrecht zu umgehen. Vom Untersuchungsausschuss erhoffen wir uns eine lückenlose Aufklärung, wer wann auf wen Einfluss genommen hat“, so der Obmann der CDU-Fraktion im Ausschuss, Jörg Geibert. Die Affäre hatte die Medien über Wochen beschäftigt. „Gerade der Justizminister muss das Recht wahren und darf es nicht zu seinem Vorteil missbrauchen“, erklärte Geibert.

Rot-Rot-Grün hat im Landtag einen Antrag der CDU-Fraktion abgelehnt, Kommunen in den kommenden zwei Jahren 100 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Die CDU wollte damit finanzschwachen Gemeinden, Städten und Landkreisen Investitionen ermöglichen. Thüringens Linkskoalition hat für die Kommunen jährlich 100 Millionen Euro weniger Landesmittel eingeplant als zuletzt die CDU-geführte Regierung Lieber-

Kommunen: Koalition verweigert Hilfe

knecht. „Mit ihrem Nein zu unserem 100-Millionen-Euro-Paket für die Kommunen brüskiert vor allem die SPD die kommunale Familie und die eigene Basis“, kommentierte der haushaltspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Maik Kowallek, die Ablehnung. Hintergrund: Ein SPD-Landesparteitag hatte erst im November eine entsprechende Finanzspritze gefordert und war von Ministerpräsident Bodo Ramelow jedoch sofort eingebremst worden.

Die Möglichkeit zu Volksabstimmungen über Gesetze, die der Landtag beschlossen hat, findet breite Zustimmung. Das ergibt eine aktuelle Umfrage des Erfurter Meinungsforschungsinstituts INSA unter 1002 Thüringern. Die CDU-Fraktion wirbt für diese sogenannten fakultativen Referenden und hat einen entsprechenden Antrag zur Änderung der Thüringer Verfassung im Landtag gestellt. Knapp zwei Drittel der Befragten, 64 Prozent, befürworten diese Form der Bürgerbeteiligung. 21 Prozent sprechen sich dagegen aus, 14 Prozent haben keine Meinung dazu. Auch die Anhänger der im Landtag vertretenen Parteien sprechen sich überwiegend mit deutlichen Mehrheiten für die Referenden aus. „Das Meinungsbild ist eindeutig. Rot-Rot-Grün sollte dieser Verfassungsänderung endlich zustimmen“, sagte CDU-Justizpolitiker Manfred Scherer.

Missachtung für unsere Soldaten und ihren Dienst

Landesregierung, LINKE und Grüne missachten den Dienst der Bundeswehr und ihrer Soldaten für Deutschland. Diesen Vorwurf hat der Beauftragte der CDU-Fraktion für die Bundeswehr, Christian Herrgott, erhoben. Anlass ist die Tatsache, dass kein Mitglied der Landesregierung und der beiden Fraktionen an einem parlamentarischen Abend des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V. teilnahm, den die Reservisten gemeinsam mit der Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V. und der



Riskieren Leib und Leben für Deutschlands Sicherheit: Soldaten der Bundeswehr. Sie haben Anspruch auf bestmögliche Bewaffnung.

Foto: © Gerner FMZ Bundeswehr

Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik e.V. ausgerichtet haben. LINKE-Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow hatte von einer „Lobbyfete der Waffentechniker“ gesprochen. Herrgott sprach von einer

„Unverschämtheit gegenüber Bürgern in Uniform, die Recht und Freiheit Deutschlands schützen“. Noch niemals sei in Thüringen eine komplette Landesregierung einem parlamentarischen Abend ferngeblieben.

CDU-Fraktion kritisiert phantasielose Krankenhausplanung

Behandlungsqualität statt starrer Quoten

Das Robert-Koch-Krankenhaus in Apolda. Es ist für die wohnortnahe Versorgung Apoldas und des nördlichen Weimarer Landes zuständig.

Qualität sollte das entscheidende Kriterium für die Entwicklung der Thüringer Krankheitslandschaft werden. Das hat der gesundheitspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Christoph Zippel, im Landtag gefordert. Die CDU-Fraktion wendet sich damit gegen den Weg der Landesregierung, die Zukunft der Thüringer Krankenhäuser vor allem über Facharztquoten zu steuern. „Eine starre Facharztquote garantiert für sich allein noch keine Qualität, und sie belastet vor allem die kleineren Krankenhäuser im ländlichen Raum über Gebühr“, argumentierte Zippel in ei-

ner von der CDU beantragten Aktuellen Stunde. Der Gesundheitspolitiker hält es für richtiger, Qualitätsziele zu definieren und es den Kliniken selbst zu überlassen, wie sie diese Ziele erreichen. „Die Qualität der Leistung ist schließlich auch das, was für die Patienten zählt“, so der Abgeordnete. Es sei kein Hexenwerk, Qualität zu messen. Kassen, Krankenhäuser und Ärzteorganisationen seien gerade dabei, derartige Kriterien zu entwickeln. Diese modernen Qualitätsmerkmale müssten, sobald sie definiert seien, auch für Thüringen angewendet werden, betonte Zippel abschließend.

Foto: © Jörg Theile